

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altsadt.

Seitengeld: einseitig. Eringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 6000.— M., unter Streifen für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die dreizehnl. Komposition 400.— M., auswärts 500.— M., die dreizehnl. Komposition 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienangehörige, Stellen- u. Mitteilungen 40 Proz. Rabatt. Für Vertriebsleistung 150 M.

Nr. 78

Dresden, Mittwoch den 4. April 1923

34. Jahrg.

Der Herr über Oesterreich

Von unserem Wiener Mitarbeiter.

Seit einem Vierteljahr beehrt der Generalkommissar des Bölkerbundes Oesterreich mit seiner Anwesenheit, und wir haben nun genügend Zeit und Gelegenheit gehabt, den Kurator, den der um unser Wohl so besorgte Bölkerbund über uns gesetzt hat, gründlich kennen zu lernen. Herr Zimmermann, dem ehemaligen Bürgermeister von Rotterdam, dem der Bölkerbund mit der Aufgabe betraut hat, uns beim Wiederaufbau zu helfen, oder, richtiger gesagt, uns die Macht der Entente fühlbar zu lassen, ging der Ruf voraus, ein Gaffer der Sozialdemokratie zu sein, und es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der Wahl dieses Kurators dem Bunde des Bundeskanzlers Seipel entfallen wurde, der bekanntlich einen strengen Herrn wünschte, um leichter mit den Protektoren fertig zu werden. Immerhin konnte man annehmen, daß der neue Herr über Oesterreich, wenn er auch der bürgerlichen Regierung in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter zur Verfügung stehen werde, doch wenigstens die Formen der Demokratie beobachten werde. In seinen ersten Äußerungen hat er auch wirklich irgendwas von Zusammenarbeit mit allen Schichten der Gesellschaft gesagt, und man deutete das damals dahin, daß er auf die Mitwirkung wenn auch nicht der Sozialdemokraten, so doch der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Beamten Wert lege. Aber bald kamen dem Herrn die Gefühle, sein Amt etwa in der Art eines englischen Biskops in Indien oder eines französischen Generals in Marokko aufzufassen, der nicht nur mit den „Eingeborenen“ nicht viel Geschäften macht, sondern auch mit den heimischen Hauptlingen nur in der Form des Kommandierens verkehrt.

Aus zwei Berichten, die er bisher an den Bölkerbund erstattete, hat man über die Art, wie er sein Amt ausübt, einiges Interessante erfahren. Da konzentriert er die Regierung ab wie seine Untergebenen. Er erklärt es als ihre Aufgabe, sich nicht von politischen Erwägungen leiten zu lassen, und wirft die Frage auf, „ob das gewünschte Ziel erreicht werden könne, wenn die Regierung selbst durch ihre Zusammensetzung und Mentalität nicht die notwendigen Garantien gibt.“ Was er unter dieser „Mentalität“ meint, darüber läßt er keinen Zweifel. Die bürgerliche Regierung, deren Kanzler aus seinem Gehg gegen die Arbeiter kein Hehl macht, erscheint ihm noch viel zu nachgiebig gegen die Arbeiter und Beamten. Nachdem er in dem ersten Bericht verlangt hat, daß die Regierung auch davor nicht zurückschrecke, „Interessen und Wünsche mehr oder minder wichtiger Bevölkerungsgruppen zuwiderzuhandeln“, beschwert er sich in dem späteren Bericht darüber, daß die Minister, ohne sich vorher mit ihm zu besprechen, in Besprechungen mit Parteiführern und mit Gewerkschaften der Bundesangelegenheiten irgendwelche Entgegenkommen bewiesen, und verlangt, daß endgültig mit dem System gebrochen werde, „die eine Klasse der Gesellschaft zum Schaden der andern zu begünstigen.“

Der Herr Generalkommissar des Bölkerbundes spricht schon ganz mit der Phrasologie der Scharfmacher, die sich ja auch immer über „die Begünstigung der Arbeiter und Angestellten“ beschwerten. Daß er diese Phrasologie so schnell erlernt hat, hat seinen Grund darin, daß er nicht nur ausschließlich mit den reichsten Kapitalisten verkehrt. Die österreichische Regierung muß ihm ja vier Milliarden Kronen jährlich zahlen, damit er es sich hier im Kreise seiner Klassengenossen gut gehen lasse — sondern daß die Feinde der neuen Ordnung ihn auch den ganzen Tag mit ihren Beschwerden und Wünschen überlaufen. Wald sind es irgendwelche Industriellen, bald Hausherren, bald Monarchisten, die als Abordnungen ihm die Wünsche des österreichischen Volkes vortragen, bald unzufriedene Sektionschefs, die ihm Memoranden darüber zuschicken, wie nach ihrer Ansicht der Staat eingerichtet werden soll. Alle jammern und schimpfen sie über den „Uebermut der Arbeiter und Angestellten“, und der Generalkommissar des Bölkerbundes sieht sich als ihr Klassengenosse und gibt die Wünsche als Befehle an die ohnedies willige Regierung weiter.

Ist es nicht bezeichnend, daß dieser Vertreter des Bölkerbundes noch nicht ein einziges Mal eine höhere Besteuerung der Kapitalisten verlangt hat, während er die Regierung unaufhörlich zu Konsultationen mit den Arbeitern und Angestellten beizt? Allerdings sind die Befehle des Herrn Zimmermann nicht immer sehr leicht durchzuführen. Das mußte der gute Mann sehr bald merken. Das Vornämlich seines Programms ist der „Abbau der überzähligen Beamten“. Es ist kein Zweifel, daß Oesterreich zu viel Beamte hat. Da man aber die überzähligen Beamten nicht einfach umbringen kann, muß man über ihren Abbau mit ihren Organisationen verhandeln und ihnen überdies Abfertigungen zahlen. Aber beides paßt den Kapitalisten nicht, und der Generalkommissar ist sofort dabei, die Regierung zur Unnachgiebigkeit zu beugen. Aber so oft die Regierung seinem Befehl folgte und sich über die Organisationen der Staatsangestellten hinwegsetzte, mußte sie bald erkennen, daß sie damit nur den Staat in die größte Unordnung stürzte. So hat sie erst kürzlich gerade während der Wiener Wette einen Kampf der Post- und Telegraphenangestellten heraufbeschworen, als sie, ohne die Organisationen zu fragen, eine Regelung der Fahrtbegünstigungen der Staatsangestellten diktiert wollte, und sie mußte zum Schluß feierlich das Mitschimmungsrecht der Personaberechtigungen anerkennen. Nicht besser erging es ihr, als sie auf Befehl des Generalkommissars mit Uebergehung des von den Sozial-

demokraten ernannten „Außerordentlichen Kabinettsrates“ — eines Ausschusses des Parlaments, der bei allen Verordnungen mitzuwirken hat, die auf Grund des Wiederaufbaugesetzes erlassen werden sollen — die Zölle und Gebühren erhöhte. Der Verfassungsgerichtshof erklärte die beiden Verordnungen als ungesetzlich und hob sie auf.

Jetzt geht der Kampf des Generalkommissars gegen die demokratische Wehrmacht, die Oesterreich besitzt. Da er aber nicht offen seine Wünsche aussprechen kann, versucht er sie auf einem Umweg durchzusetzen. Er verlangt also, daß die Zahl der Ministerien von elf auf acht herabgesetzt werde und daß u. a. das Heeresministerium mit dem Ministerium des Innern vereinigt werde. Dadurch sollte das Heer zu einer bloßen Polizei verwandelt und womöglich auch der demokratischen Einrichtungen beraubt werden. Aber der Plan war so plump, daß als die Sozialdemokraten mit dem bestialischen Kampf dagegen einsetzten, auch die bürgerlichen Kreise ernüchtert wurden und erkannten, welche Gefahr ein Abbau des Heeres angesichts der noch immer drohenden ungarischen Gefahr für Oesterreich bedeuten würde. So wurde diese Aktion zunächst verlagert.

Der Herr Kurator wird übrigens wohl noch öfters Gelegenheiten haben, sich zu überzeugen, daß das Proletariat in Oesterreich stark genug ist, um die Anschläge des Kapitols, möge es sich auch hinter den Vertreter des Bölkerbundes verstecken, abzuwehren.

Die aufgedeckten Butschpläne

Beteiligung der Reichswehr?

Berlin, 2. April. Nach den bisherigen Mitteilungen der preussischen Regierungsstellen über die deutschösterreichischen Butschpläne haben an der von Oberleutnant Kogbach am 17. März in Bannsee abgehaltenen Versammlung auch Reichswehrangehörige teilgenommen. Unklar ist, auf wessen Anordnung und mit welcher Ermächtigung Offiziere und Mannschaften der Reichswehr zum Besuch einer solchen Versammlung Geladene erstelien. Das Reichswehrministerium teilt nach der Reichlichen Zeitung mit, Kogbach habe durch Abgeordnete die Reichswehrkommandeure in Schwerin und Ludwigslust ersucht, Offiziere zu seiner Versammlung zu entsenden mit dem Bemerkten, daß „Jetzt Zeit sei, es zuzuschlagen“. Der Kommandeur in Schwerin habe darauf einen Offizier zu der Versammlung entsandt mit dem Auftrag, darüber zu berichten. Dieser Bericht sei der preussischen Regierung sofort — ohne daß eine Aufforderung dazu vorgelegen habe — zugegangen. Gegen die Soldaten und Offiziere, die ohne Auftrag, an der Versammlung teilgenommen haben, sei ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet worden. Das W. Z. weiß von Disziplinarverfahren gegen solche Reichswehrangehörige zu berichten, die an nationalsozialistischen Heeren teilgenommen hätten; es handle sich dabei um zwei Offiziere und einige Mannschaften. Wie die Offiziere und

Mannschaften an der von Kogbach veranstalteten Versammlung teilgenommen haben, geht aus diesen Angaben nicht hervor; es wäre erwünscht, wenn das Reichswehrministerium alsbald solche präzise Angaben veröffentlichte. Schon damit der Ansicht barmüthigen wird, als ob weitere Kreise der Reichswehr an den Butschplänen beteiligt gewesen seien.

Sozialistische Kongresse und Ruhrfrage

Kongress der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands

London, 2. April. (W. Z. B.) Gestern wurde hier die Jahreskonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei eröffnet. Niamah Macdonald sagte zur Konferenz von Vertretern aller Parteien des alliierten Parlaments zur Erörterung der Ruhrfrage, die Berichte, die auf Grund der jüngst mit den Französischen, Belgischen und italienischen Sozialisten geführten Verhandlungen erstattet werden würden, würden zeigen, daß sie im Begriff seien, eine Delegation zur Verberührung einer Regelung einzulassen, wozu die Regierungen der beteiligten Länder niemals imstande sein würden. Der Kongress nahm einen Antrag an, in dem er die Zurückziehung aller Besetzungskräfte aus Deutschland forderte. Der deutsche Sozialist Crispian sprach sich gegen die Zurückziehung der britischen Truppen aus; wenn die andern Besetzungstruppen nicht ebenfalls zurückgezogen würden, der französische Deputierte erklärte, er vertraue darauf, daß im nächsten Jahre Poincarés Mehrheit schwer erschüttert und die Zahl der Sozialisten doppelt sein würde, was dann zu einer Veränderung der gegenwärtigen Tendenz des französischen Imperialismus führen würde.

London, 3. April. Die gestrige Sitzung des Kongresses der Unabhängigen Arbeiterpartei erreichte ihren Höhepunkt, als Bonquet und Crispian sich unter großen Beifallsbezeugungen die Hände drückten. Macdonald erklärte, dieser Handdruck sei ein hochbedeutungsvolles Symbol für die Einigkeit des deutschen und des französischen Proletariats.

Kongress der belgischen Arbeiterpartei

Brüssel, 3. April. Auf dem Osterkongress der belgischen Sozialdemokraten wurde eingehend die Ruhrfrage erörtert. Hierbei sprach sich Wandervelde in der energischsten Weise aus und verhalf seinem Standpunkt gegen eine nicht unbedeutende Opposition eines Teils der Delegierten zur Annahme. Er beschuldigte die französische Politik, daß sie gegenüber Deutschland imperialistische Hintergedanken habe. Er erklärte, Reparationen seien notwendig, aber sie dürften nur mit Zustimmung der betreffenden Völker vorgenommen werden. Wenn Belgien im Ruhrgebiet nur berechtigten Forderungen nachginge, dann würde es auch die belgischen Sozialdemokraten auf seiner Seite haben. Der Kongress nahm einstimmig die bereits vom Generalrat der Partei angenommene Tonaufzeichnung an, in der jeder Zwang und jede Gewaltpolitik verworfen wird. In seiner Schlussrede sagte Wandervelde, daß eine demokratische Regierung das Reparationsproblem durch einen Schiedsspruch lösen werde. Der deutsche Sozialist Hilferding führte aus: Wir sind darüber einig, daß die Reparationen notwendig sind und daß Deutschland die zerstörten Gebiete wieder aufbaut. Wir wollen die Sicherheit Belgiens und Frankreichs gewährleisten, aber wir verlangen auch, daß das deutsche Reichsgebiet respektiert wird.

Appell an das Weltgewissen

Protestkundgebung der Kruppischen Arbeiter gegen das Blutregiment

Essen, 3. April. (Eig. Draht.) Am Montag, vor-mittags 10 Uhr, eröfnete in den Kruppischen Werken das Signal zum Beginn eines 24stündigen Proteststreiks gegen die Niedermetzelung friedlicher Arbeiter. Kurze Zeit später fanden alle Räder still, die Fabrik eine Stadt für sich, lag wie tot da. Der Arbeiter- und Angestelltenrat, der sich aus Vertretern aller gewerkschaftlichen Richtungen zusammensetzt, hatte folgende Kundgebung an die Arbeiterschaft gerichtet:

Noch einmal wendet sich die Kruppische Arbeiterschaft an das Weltgewissen, um durch einen 24stündigen Proteststreik ihren Abscheu gegen das Blutbad kundzugeben, das der französische Militarismus am Sonnabend unter der Kruppischen Arbeiterschaft angerichtet hat. In gleicher Weise protestieren wir gegen die Verhaftung einiger Leiter der Werke, um die Schuld an dem Blutbad von dem französischen Militarismus abzuwälzen.

Trotz der Erregung, die sich in der Stadt überall zeigt, liegt die Selbstbeherrschung. Neue Zwischenfälle ereigneten sich nicht! Dagegen stehen die Franzosen ihre Suche nach zwei weiteren Bergwerksdirektoren fort. Die vier bereits verhafteten Werksdirektoren sollen Ende der Woche abgerichtet werden, obwohl die Schuld an dem blutigen Verfall nur den Franzosen zukommt. Auch in Essen versucht die Besatzung sich durch Anschläge an die Bevölkerung ins Recht zu setzen.

Dreizehn Todesopfer

Essen, 4. April (W. Z. B.) Die von den Franzosen verhafteten Direktoren der Kruppischen Werke sind gestern in das Zuständig von Verden gebracht worden. Die Zahl der Todesopfer der Ereignisse am Sonnabend hat sich auf 13 erhöht. Die Erschossenen werden Ende der Woche in einem gemeinen Graben auf dem wüstenden Gelände des Kruppischen Essener Ehrenfriedhofes beerdigt werden. — Die Kruppischen Werke, auf denen heute vormittag nach Beendigung des

24stündigen Proteststreiks die Arbeit wieder aufgenommen wird, werden am Tage der Beerdigung abermals stillliegen. — Eine Kommission von französischen Ärzten hat die Leichen der Opfer des Essener Blutbades besichtigt. Die Kommission hat festgestellt, daß fünf Arbeiter durch Mähdenschiffe getötet worden sind. Von den verwundeten Arbeitern haben 29 Mähdenschiffe erhalten. 14 Arbeiter haben leichtere Verletzungen durch Abspringen von den Mähdern erlitten. Von den Franzosen ist jetzt eine Untersuchung der Vorgänge im Kruppischen Werke eingeleitet worden. Der Offizier, der den Befehl zum Schießen erteilt hat, ist vom General Deputierte nach Düsseldorf befohlen worden.

Die Wahrheit leuchtet durch

Aus Paris melden Telegramme, daß die französische Presse fortfährt, die Schuld den deutschen Arbeitern, der Leitung des Kruppwerkes und der deutschen Regierung in die Schuhe zu schieben. Die französischen Rechtfertigungsversuche werden jedoch durch die ausländische Presse lächerlich gemacht. So besagt z. B. ein Londoner Telegramm, daß der Daily Chronicle die Tatfrage hervorhebt, daß kein einziger französischer Soldat irgendeine Verletzung davongetragen habe. Das beweise, wie wenig Gewalt von deutscher Seite angewandt wurde. Das Blatt fährt ferner die Essener „Rekette“ auf einen Nervenanfall der französischen Soldaten zurück. — Auch die übrige englische Presse verhält sich ähnlich. Daily Herald veröffentlicht einen Bericht des Sonderkorrespondenten des Reuters Bureau in Essen, worin dieser ebenfalls mitteilt, daß die Ereignisse in Essen auf eine Panik der französischen Soldaten zurückzuführen seien. Es habe keinerlei Grundforderung von den Arbeitern stattgefunden.

London, 3. April. Der Essener Sonderkorrespondent des Manchester Guardian telegraphiert: Die an die Presseberichterstatter ausgegebene französische Darstellung des Verfalls ist ein Meisterwerk naiver Verlogenheit, mit dem versucht wird, den vollkommen falschen Eindruck zu erwecken, daß die Arbeiter doch tatsächlich gegen die Franzosen aufgestanden worden seien und daß die Sirenen ein vorher vereinbartes Zeichen zum Angriff gegeben hätten. Der Bericht, daß ein Deutscher die Franzosen mit dem Revolver bedroht habe, sei un wahr, ebenso un wahr der Bericht, daß Mitglieder der ehemaligen Weimarer Polizei bei Krupp waren, die die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten aufreizten.